

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 23

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Buchtip

Claus-Dieter Rohleder: «Die Osthandelspolitik der EWG-Mitgliedstaaten, Grossbritanniens und der USA gegenüber den Staatshandelsländern Südosteuropas.» Südosteuropa-Studien Nr. 13, München 1969.

Der Verfasser gibt im ersten Teil eine interessante Darstellung der Entwicklung des Osthandels der westlichen Industriestaaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dabei fasst er sich in konzentrierter Form auch mit den Problemen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, der Dachorganisation der östlichen Integration. Bezüglich der Entwicklungsaussichten des Ost-West-Handels vertritt der Verfasser den realistischen Standpunkt, dass er wegen der mit spielenden politischen Erwägungen des Ostens nur begrenzt ausbaufähig sei. Dann behandelt C.-D. Rohleder die Osthandelspolitik der einzelnen Weststaaten, wobei alle gesetzlichen Bestimmungen, darunter auch die Embargobestimmungen, gebührende Beachtung finden. Dieses Buch wird folglich allen jenen, die sich mit den Problemen des Osthandels aus westlicher Sicht befassen wollen, gute Dienste leisten können. Sch.

Walter Pietsch: «Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917 bis 1922.»

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1969, 173 Seiten. Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Band XX.

Die Arbeit von Walter Pietsch entspricht vollständig dem hohen Niveau der «Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien». Sie gibt eine klare Uebersicht über Zusammensetzung und Funktion sowie zum Teil auch über die Rivalität der führenden Machtorgane in der ersten Entwicklungsetappe des Sowjetstaates bis zur Errichtung der Sowjetunion (1922).

Interessant und wichtig sind die Ausführungen des Verfassers über das Militärische Revolutionskomitee des Petrograder Sowjets und dessen grosse Machtstellung (29—40), durch welche sich Partei- und Staatsorgane bis zu einem gewissen Grade gefährdet fühlten. Nach der Schilderung von Entstehung, Organisation und der Funktion der wichtigsten Staatsorgane (Rat der Volkskommissare, Allrussisches Zentrales Exekutivkomitee bzw. Sowjetkongress) erörtert Pietsch die Entwicklung und die Umstände, welche zur Erlassung der ersten Verfassung Sowjetrußlands 1918 führten (S. 67—86). Von besonderem Interesse ist das Kapitel VII über die ausserordentlichen Organe in der Periode des Bürgerkrieges für die Wirtschaft und Versorgung, für die Justiz bzw. zum Kampf gegen die «Konterrevolution» usw. (S. 88—113). Trotz der grossen Macht dieser ausserordentlichen Organe konnten sich jedoch die konstitutionellen bzw. ordentlichen Machtorgane festigen, und das Jahr 1919 bedeutete eine gewisse Wendung zugunsten der obersten Sowjetorgane (S. 114—139). Im letzten Kapitel beschäftigt sich der Verfasser mit dem Funktionieren der Partei und weist — mit vollem Recht — darauf hin, dass die Parteiorgane trotz Protesten der zentralen Leitungs-

organe wichtige Verwaltungsfunktionen übernahmen. Dadurch ist es der Partei gelungen, Staat, Wirtschaft und Armee unter Kontrolle zu bekommen.

Das Buch ist für Juristen, Historiker und für alle politisch interessierten Leser eine sehr lehrreiche und wichtige Lektüre. Laszlo Revesz

Unsere Meinung

Präsident Nixon wird durch eine organisierte und manipulierte «öffentliche Meinung» unter massiven Druck gesetzt, die amerikanischen Truppen aus Vietnam bedingungslos und sofort zurückzuziehen. Es wird von ihm als Republikaner erwartet, das zu vollbringen, was seinem republikanischen Vorgänger in Korea gelungen ist. Mit diesem Vergleich ist ein die Gefühle ansprechendes, sachlich indessen nicht haltbares Schlagwort geboren worden.

Zunächst wäre zu bemerken, dass Präsident Eisenhower rund 18 Monate benötigte, um Friedensverhandlungen einzuleiten und sie wenigstens in einem Waffenstillstand einfrieren zu können. Präsident Nixon dagegen ist erst zehn Monate im Amt.

Vor allem aber ist die Frage entscheidend, mit welchen Methoden Präsident Eisenhower jenes Ziel in Korea erreichte, das Präsident Nixon heute in Vietnam anstrebt.

Massendemonstrationen und Moratorien hätten Präsident Eisenhower den Weg jedenfalls nicht geebnet.

Im Herbst 1966 hat er aber enthüllt, dass er nach erfolglosem Erschöpfen aller anderen Mittel schliesslich den Chinesen mitgeteilt habe, Amerika werde die Atombombe einsetzen. Wor-

auf die Chinesen an den Verhandlungstisch eilten und — unterzeichneten.

Ein bemerkenswerter Vorfall, der verdient, in Erinnerung gerufen zu werden. Er beweist, dass dem Aggressor in bestimmten Situationen die Macht demonstriert werden muss, um den Frieden herbeizuführen.

Der Druck gegenüber Präsident Nixon wird von angeblichen Pazifisten ausgeübt, die von der sachlichen Kenntnis politischer Bedingungen und Entwicklungen wenig belastet sind. Sie wollen den Frieden. Wir wollen ihn auch. Die Frage ist jedoch, ob auf dem Wege von Massendemonstrationen und Moratorien nicht eher eine Kapitulation als ein Frieden erreicht wird.

Diese Pazifisten, deren mehrheitlich guter Glaube unbestritten ist, weichen dem moralisch tatsächlich aufgeworfenen Problem indessen aus. Sie lösen es nicht. Oder wäre es eine Lösung, wäre es ein Beweis moralischer Haltung, wenn für das bequemere Abseitsstehen das südvietnamesische Volk an die Kommunisten Nordvietnams verkauft würde?

Massendemonstrationen und Moratorien während des Krieges sind keine Instrumente des Friedens. Sie sind vielmehr Einladungen und Ermutigungen für den Gegner. Es ist nicht erstaunlich, dass sich die nordvietnamesische Regierung beifällig an die amerikanischen Demonstranten wendet. Diese spielen den Kommunisten in die Hände.

Wie hat doch John F. Kennedy, den so wenige verdächtigten, ein kalter Krieger zu sein, gesagt: «Wir können es nicht wagen, unsere Feinde durch Schwäche in Versuchung zu führen. Denn nur wenn unsere Waffen über alle Zweifel hinaus ausreichend sind, können wir gewiss sein, dass sie niemals verwendet werden.»

Sa

In Kürze

Zwei Priester, die aus Albanien nach Jugoslawien geflüchtet waren, wurden von den jugoslawischen Behörden wieder gewaltsam zurückgeschickt. In Albanien, wo Religionsausübung bei Strafe verboten ist, wurde der eine hingerichtet, der andere gefoltert. Jugoslawien pflegt auch ostdeutsche Flüchtlinge an die DDR und ungarische Flüchtlinge an Ungarn auszuliefern.

*

Die im Juli 1949 von der damaligen Kongregation des hl. Offiziums im Namen Papst Pius XII. ausgesprochene feierliche Verurteilung des Kommunismus und die Exkommunikation seiner Anhänger in Westeuropa habe auch heute nichts von ihrer Gültigkeit eingebüsst. Dies erklärte der emeritierte Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Alfredo Ottaviani, in einem Interview mit der Zeitschrift «Relazioni». Er bedauere, fügte Ottaviani hinzu, dass diese Bestimmungen heute nicht mehr von allen mit Nachdruck herausgestellt würden. Mehr als der Dialog, betonte der Kardinal, sei die Darlegung der Wahrheit über die Irrtümer und Schrecken des Kommunismus erforderlich, den Papst Pius XII. treffend als «in sich pervers» bezeichnet habe.

*

Die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern im Hochschulwesen stand im Mittelpunkt der Beratungen der in Warschau abgehaltenen 4. Konferenz der Minister für Hochschulwesen. Die Konferenz erörterte namentlich folgende Probleme: Erfahrungen in der wissenschaftlichen Erforschung des Hochschulwesens, Vereinheitlichung der Fachgebiete, Anerkennung von Diplomen, Zeugnissen und wissenschaftlichen Titeln in den sozialistischen Ländern, Organisation eines internationalen Informationszentrums sowie Organisation der Ausbildung von Jungakademikern.

*

Mehr als die Hälfte der zwei Millionen Einwohner von Budapest sind weiblichen Geschlechts. 85 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter (520 000) sind berufstätig. Die überwiegende Zahl weiblicher Arbeitskräfte (300 000) sind in der Industrie beschäftigt.

Als Mangel wird betrachtet, dass nur 21 Prozent der Arbeiterinnen qualifizierte Arbeitskräfte sind. Ein grosser Teil der Frauen arbeitet in untergeordneten Arbeitsbereichen. Schliesslich wird im Budapester Parteiorgan «Népszabadsag» erwähnt, dass weibliche Arbeitskräfte bei gleicher Arbeit im allgemeinen um 10 bis 15 Prozent niedrigere Löhne als ihre männlichen Kollegen erhalten.